

NIEDERSCHRIFT HFA/016/2007

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 13.03.2007 im
Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Günther Fehmer
Herr Thomas Hagemann
Herr Willi Krause

bis einschl. TOP 6. ö.
S.

Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Jürgen Brunn
Herr Peter Nowak
Herr Thomas Tauber
Herr Klaus Wieling

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker

Vortragende Gäste:

Herr Christian Wermert
Herr Hüls

zu TOP 1. ö. S.
zu TOP 2. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Rolf Schmiedel
Herr Martin Struffert
Frau Birgit Freickmann

zu TOP 1. ö. S.

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Vorstellung des Natur-Tourismus-Konzeptes-Baumberge als eine Maßnahme des ILEK**

Frau Dirks begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den federführenden Sprecher der Touristischen Arbeitsgemeinschaft Baumberge, Herrn Wermert.

Nachdem Herr Schmiedel allgemein auf das Integrierte ländliche Entwicklungskonzept eingeht und die in den drei Arbeitskreisen erarbeiteten Projektideen vorstellt (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift) stellt Herr Wermert detailliert das geplante „Natur-Tourismus-Konzept“ vor (Anlage 2 zu dieser Niederschrift). Ziel dieses Konzeptes sei es, auswärtigen Gästen wie auch Einheimischen die in den Baumbergen zahlreich vorhandenen naturräumlichen Besonderheiten näher zu bringen, soweit dieses im Hinblick auf den Naturschutz möglich ist. Alles Wissenswerte könne einem „Natur-Erlebnis-Handbuch“ und Informationstafeln entnommen werden. Außerdem sollen Natur-Gästeführer eingesetzt werden. Insbesondere sollen Familien mit Kindern angesprochen werden. Deshalb werde ein Natur-Erlebnis-Rucksack zusammen gestellt, der ausgeliehen werden könne und Bestimmungsbücher, Becherlupen, Anleitungen Spiele usw. enthalte. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Umsetzung des Natur-Tourismus-Konzeptes Baumberge liege im Entwurf vor und werde in den nächsten Tagen eingereicht. Vom bisherigen Amt für Agrarordnung sei signalisiert worden, dass das Konzept förderfähig ist. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 50.000,-- €, wovon 50% gefördert würden.

Herr Schlieker bittet Herrn Wermert Beispiele für naturtouristische Highlights zu nennen.

Herr Wermert nennt daraufhin u. a. die Berkelquelle und die vorhandenen Steinbrüche. Zunächst müsse aber geklärt werden, ob diese Sehenswürdigkeiten zugänglich gemacht werden können.

Frau Dirks ergänzt, dass z. B. auf die alte Badeanstalt in Billerbeck hingewiesen werden könne. Der hier bereits vorgestellte „Berkelspaziergang“ wäre ebenfalls ein Thema.

Herr Hagemann merkt an, dass man sich auf einem engen Pfad bewege, da viele Highlights unter Naturschutz stünden. Deshalb frage er sich, wie realistisch die Umsetzung des Konzeptes ist.

Herr Wermert entgegnet, dass die Touristen auf die Besonderheiten aufmerksam gemacht und ihnen die Sensibilität der Naturschutzgebiete auf einer Tafel erläutert werden sollen. Es sei besser, den Tourismus zu kanalisieren, als weiter wilden Tourismus hinzunehmen. Im Übrigen solle das Natur-Tourismus-Konzept in enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden umgesetzt werden.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass die Sandstein-Route seit Jahren bekannt sei und fragt nach, wie viele Broschüren herausgegeben würden und mit wie viel Tourismus aufgrund des neuen Konzeptes gerechnet werde.

Herr Wermert teilt mit, dass die Sandsteinroute bei ca. 50% der Gäste ein Thema sei. Sie werde tlw. mit besichtigt und streckenweise befahren. Das neue Gastgeberverzeichnis werde in einer Auflage von 14.000 Stück jährlich produziert. Die Sandsteinroute sei 10.000 mal gedruckt worden

Frau Mollenhauer geht davon aus, dass es schwierig sein wird, das Konzept speziell für Kinder attraktiv zu gestalten.

Herr Wermert geht davon aus, dass Familien mit Kindern nicht alle Stationen abradeln, sondern sich einzelne für sie interessante Angebote herausuchen werden. Sicherlich würden Familien nicht die Masse ausmachen. Von der Jugendherberge in Nottuln würden aber solche Angebote aufgegriffen.

Herr Nowak hält es ebenfalls für unrealistisch, mit dem Konzept Familien mit Kindern zu locken. Zielgruppe seien doch wohl eher die über 50-Jährigen ohne Kinder. Es sollte versucht werden, den Radfahrern interessante Angebote zu machen.

Herrn Wieling stört die Vielzahl von Highlights, die zugänglich gemacht werden sollen. Er stellt heraus, dass das Highlight die Baumberge an sich seien. Schwerpunkt müsse es sein, der Zielgruppe der über 50-jährigen Radtouristen für die Ausarbeitung ihrer Routen „Handwerkszeug“, wie Karten- und Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.

Herr Wermert gibt zu bedenken, dass man „Handwerkszeug“ benötige, um auf Messen gezielt Kunden ansprechen zu können. Mit dem Radtourismus hebe sich die Region nicht ab, es müsse schon auf das Potential und einzelne Highlights der Baumberge-Region aufmerksam gemacht werden.

Frau Dirks stimmt Herrn Wermert zu, dass man sich abheben müsse von anderen. Dennoch dürfe man nicht in übereifrigen Aktionismus verfallen. Außerdem profitierten auch die Einheimischen von dem Konzept.

Herr Fehmer erkundigt sich, wann mit der Bewilligung und Umsetzung des Konzeptes gerechnet werden könne.

Hierzu teilt Herr Wermert mit, dass das Natur-Touristik-Konzept Baumberge in Kürze umgesetzt werden solle.

Frau Dirks ergänzt, dass seitens des ehem. Amtes für Agrarordnung eine grundsätzliche Förderung mündlich zugesagt wurde. Damit könnte dann ein Leitprojekt des ILEK auf den Weg gebracht werden.

Frau Dirks berichtet bei dieser Gelegenheit, dass derzeit in den 5 Gemeinden Billerbeck, Coesfeld, Havixbeck, Nottuln und Rosendahl überlegt werde, ob sich die ILEK-Region Baumberge als Leader-Region bewerben könne. Wenn es gelingen sollte, als Leader-Region anerkannt zu werden, dann sei mit Fördermitteln in Höhe von rd. 1,6 Mio € zu rechnen. Die gleiche Summe müsse dann in den nächsten 5 Jahren aus privaten Mitteln dazu gesteuert werden. Damit könnten dann die im Rahmen des ILEK entwickelten Projekte, aber auch weitere Projekte aus diesem Leit-

bild verwirklicht werden. Die Entscheidung über eine Bewerbung als Leader-Region sei vom Rat zu treffen. Zurzeit würden die Bedingungen abgeklärt.

Weiter informiert Frau Dirks über eine EU-Ziel-2-Förderung. Durch eine neue Clusterstrategie sollen ausgewählte regionale Netzwerke gezielt gefördert werden. Förderrichtlinien lägen noch nicht vor, sollen aber innerhalb von 3 Monaten bekannt gegeben werden. Sie werde beim Ministerium in Düsseldorf eruieren, ob mit dem Raster aus dem ILEK eine Chance auf Förderung bestehe.

2. Bleiberechtsregelung für abgelehnte Asylbewerber

Herr Hüls, Mitarbeiter der Ausländerbehörde des Kreises Coesfeld informiert die Ausschussmitglieder mittels einer Power-Point-Präsentation über die neue Bleiberechtsregelung für abgelehnte Asylbewerber (Anlage 3).

Herr Schlieker spricht die Schulbildung der Kinder ausländischer Familien an. Es sei deutlich geworden, dass deutsche Sprachkenntnisse wichtig seien. Die Schulen hätten die Möglichkeit, zusätzliche Stundenkontingente zu bekommen, um ausländischen Kindern Nachhilfeunterricht zu erteilen. Dieses Angebot werde aber in vielen Kommunen nicht genutzt. In Billerbeck werde der Nachhilfeunterricht durch die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe abgedeckt. Oft landeten die Kinder auf der Sonderschule, weil die Sprachkenntnisse nicht ausreichten. In diesem Zusammenhang sollte an die Billerbecker Schulen appelliert werden, das zusätzliche Stundenkontingent in vollem Umfang zu nutzen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass sich in Billerbeck insbesondere die Grundschule und die Kindergärten um die Sprachförderung bemühten. Nach ihren Erfahrungen hätten aber nicht die Kinder, sondern die Mütter und Frauen, das Hauptmanko bei den Sprachkenntnissen.

Herr Krause macht deutlich, dass fehlender Nachhilfeunterricht nicht angemahnt werden dürfe, sondern vielmehr besonders anerkannt werden müsse, dass die Grundschule diesen Unterricht mit Unterstützung des Fördervereines anbiete.

Abschließend übergibt Herr Schlieker der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt einen Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bittet um schriftliche Beantwortung.

3. Sachstandsbericht über die Auswirkungen des SGB II

Herr Struffert verweist auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Ergänzend geht er auf die Anpassung des Sanktionsrechtes ein. Einige hilfebedürftige Personen benötigten ein finanzielles Signal, nämlich die

Leistungskürzung, wenn z. B. zumutbare Arbeit abgelehnt, unwirtschaftliches Verhalten fortgesetzt werde oder eine Sperrzeit von der Arbeitsagentur festgesetzt wurde. Bei jungen Erwachsenen könne es auch dazu kommen, dass bei einer Pflichtverletzung sofort 100% des Regelsatzes gekürzt werden. Da eine Kürzung grundsätzlich für 3 Monate ausgesprochen werde, könne hier jedoch ausnahmsweise die Kürzungszeit auf 6 Wochen reduziert werden. Von diesen drastischen Maßnahmen sei in Billerbeck bisher noch kein Gebrauch gemacht worden, wohl aber seien 30%-ige Kürzungen verhängt worden.

Neben der Umsetzung des Leistungsrechtes sei es nicht minder wichtig, Erwerbslose in Arbeit zu vermitteln. Er denke, dass 142 Vermittlungen einen positiven Rückblick zulassen. Gemessen an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften kreisweit (Billerbecks Anteil = rd. 4,2%) liege die Vermittlungsquote bei 5,6% der Vermittlungen kreisweit, sei also leicht überdurchschnittlich.

Gründe für die erfolgreiche Vermittlungstätigkeit seien generell sicherlich die mittlerweile positive Konjunktur und der milde Herbst/Winter. Darüber hinaus griffen die Eingliederungsmaßnahmen, in denen der Kunde passgenau geschult werde. Wichtig sei der Kontakt zu den Arbeitgebern, der zukünftig noch intensiviert werde. Insgesamt positiv sei auch die gute Zusammenarbeit mit dem Kreis zu beurteilen, nicht zuletzt auch dadurch, dass durch die räumliche Erweiterung des Fachbereiches Soziales der Hilfeplaner vom Kreis in direktem Kontakt mit dem Zentrum für Arbeit stehe.

Abschließend beantwortet Herr Struffert Nachfragen der Ausschussmitglieder.

4. Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden der Stadt Billerbeck

Herr Nowak macht deutlich, dass er jeder Regelung bzgl. eines Rauchverbotes zustimmen würde, diese hätte schon viel eher getroffen werden müssen. Da eine gesetzliche Regelung aber noch ausstehe, halte er das Verhängen eines Rauchverbotes zum jetzigen Zeitpunkt für puren Aktionismus.

Frau Dirks hält dem entgegen, dass sie auf Bundesregelungen gewartet habe, diese seien nicht gekommen, deshalb habe sie die Angelegenheit auf die Tagesordnung genommen.

Herr Dr. Meyring erkundigt sich nach der jetzigen Regelung im Rathaus und fragt nach, ob und wo im Rathaus geraucht werden dürfe. Er weist darauf hin, dass die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr ehrenamtlich tätig seien und jetzt reglementiert werden sollen.

Herr Messing berichtet, dass im vergangenen Jahr eine freiwillige Vereinbarung für die Mitarbeiter der Verwaltung getroffen worden sei. Die Raucher hätten die Möglichkeit, in einem Raum zu rauchen.

Der Feststellung von Herrn Dr. Meyring, dass es für das Rathaus eine Ausnahme gebe, für die Feuerwehr aber nicht, hält Herr Messing entge-

gen, dass sich die Feuerwehr mit einem Rauchverbot einverstanden erklärt habe.

Herr Krause will wissen, ob es nach dem Beschluss weiterhin einen Raucherraum im Rathaus geben wird.

Das wird von Herrn Messing bejaht. Es sei nicht so, dass es bei einem Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden kein Raucherzimmer mehr geben dürfe.

Herr Tauber wirft ein, dass dies nicht sein könne. Schließlich solle lt. Beschlussvorschlag der Verwaltung ein generelles Rauchverbot verhängt werden.

Herr Krause ist ebenfalls der Meinung, dass es ein Raucherzimmer bei einem generellen Rauchverbot nicht mehr geben dürfe. Die Raucher müssten dann ggf. nach draußen gehen.

Herr Messing verweist auf die gemeinsam mit dem Personalrat auf den Weg gebrachte Dienstvereinbarung, die ein Raucherzimmer vorsehe.

Herr Nowak schlägt vor, heute keine Entscheidung zu treffen und zunächst die gesetzlichen Regelungen abzuwarten.

Herr Tauber ist der Meinung, dass ein generelles Rauchverbot ohne Ausnahme gelten müsse. Genau das sehe der Beschlussvorschlag der Verwaltung vor, deshalb könne er diesem zustimmen.

Solange die Nichtraucher nicht gestört würden, so Herr Dr. Meyring, könnte doch ein Raucherraum im Rathaus, aber auch bei der Feuerwehr eingerichtet werden.

Herr Wieling hält es für besser, das Rauchen generell zu verbieten und kein Raucherzimmer zuzulassen.

Herr Messing legt dar, dass in keinem Büro, in dem sich Mitarbeiter oder Publikum aufhalten, geraucht werde. In Zusammenarbeit mit dem Personalrat sei eine freiwillige Regelung erarbeitet worden. Er kenne keine Behörde, die auf ein Raucherzimmer verzichte. Selbstverständlich hätte auch die Feuerwehr die Möglichkeit, einen Raucherraum einzurichten, dieser Wunsch sei aber nicht vorgebracht worden.

Herr Dr. Meyring stellt den Antrag auf Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

Beschlussvorschlag für den Rat:

In allen städt. Gebäuden wird ein generelles Rauchverbot verhängt. Entsprechende Hinweisschilder werden angebracht. An den Eingängen der städt. Gebäude werden praktikable Aschenbecher aufgestellt.

Stimmabgabe: 8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

5. **Mitteilungen**

5.1. **"Ab in die Mitte" - Frau Dirks**

Frau Dirks teilt mit, dass Billerbeck gemeinsam mit Havixbeck und Nottuln den Antrag auf Teilnahme an dem Projekt „Ab in die Mitte“ gestellt habe. Jetzt müsse man abwarten, ob man zum Zuge komme. Insgesamt hätten sich 63 Kommunen mit 60 Anträgen beworben. Die in Billerbeck geplanten Veranstaltungen würden aber unabhängig von einer Förderung auf jeden Fall durchgeführt.

6. **Anfragen**

6.1. **Ausbau der Nottulner Straße - Herr Nowak, Herr Krause, Herr Dr. Meyring**

Herr Nowak moniert den schleppenden Fortgang der Baumaßnahme Nottulner Straße. Trotz des derzeit guten Wetters tue sich nichts. Er bittet darum, beim Landesbetrieb Druck auszuüben, damit die Maßnahme schnellstmöglich zum Abschluss komme.

Herr Krause weist auf die Bedeutung der Nottulner Straße für Billerbeck hin und ergänzt, dass die lange Bauphase gewerbefeindlich sei. Zudem sei jetzt noch an einigen Stellen der Radweg aufgebrochen worden. Er wirft die Frage auf, wie das weitergehe, wenn in diesem Tempo weiter gearbeitet werde.

Herr Dr. Meyring moniert die späte Ausschilderung der Umleitung.

6.2. **Schlaglöcher auf der L 506 auf der Beerlage - Herr Tauber**

Herr Tauber fragt nach, wann die vielen Schlaglöcher in der L 506 auf der Beerlage ausgebessert würden. Die Straße werde durch die Sperrung der Nottulner Straße als Ausweichstrecke zur Autobahn genutzt. Frau Dirks sagt zu, den Landesbetrieb hierauf hinzuweisen.

Bürgermeisterin

Schriftführerin